

II-651 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 336 U

1980 -02- 15

A n f r a g e

der Abgeordneten Blecha,
und Genossen
an den Bundesminister für Justiz,
betreffend Beschlagnahme der "Arbeiter-Zeitung".

In der "Arbeiter-Zeitung" vom 15. Feber 1980
erschieden auf S. 2 unter der Überschrift "Rechtsradikalen
Anfängen wehren" und auf S. 4 unter dem Titel "Meinung
der anderen: Wiener Zeitung" Kommentare mit folgendem
Wortlaut:

ÖVP begann schon 1978 mit Beschlagnahmen

Rechtsradikalen Anfängen wehren

WIEN (AZ). Die Auseinandersetzung um die Vorgänge am rechten Flügel der Volkspartei waren Donnerstag nicht nur Thema der Pressekonferenz von Bundeskanzler Kreisky, sondern griff auch auf die Wiener Parteien über. Er bedauere es zutiefst, daß sich Fürst offenbar nicht darüber im klaren ist, daß es in der Causa Pretterebner darum geht, möglichen neuen rechtsradikalen Anfängen rechtzeitig entgegenzutreten, antwortete der Wiener SP-ParteiSekretär Edlinger dem Wiener ÖVP-Sekretär.

Edlinger erinnerte daran, daß es die ÖVP war, die im letzten Gemeinderatswahlkampf mehrmals Presseprodukte der SPÖ beschlagnahmen ließ und die damit jene Hausdurchsuchungen erst veranlaßt hatte, die Fürst in einer Aussendung den Sozialisten vorgeworfen hatte. Dazu kam es nur, weil die SPÖ es gewagt hatte, auf die freundschaftlichen Beziehungen von ÖVP-Obmann Busek zu dem verurteilten Kunstheiler Berger aufmerksam zu machen.

Fürst behauptete in seiner Erklärung, die Sozialisten hätten nie Hemmungen gehabt, das Beschlagnahmerecht in Anspruch zu nehmen, stützt dann allerdings nur das eine Beispiel aus dem Jahre 1978, als es um Busek und Berger ging. Edlinger dazu: Fürst verkantet entweder die Lage oder stellt sich willfährig in den Kreis jener, die unverhohlen mit den Ideen des Herrn Pretterebner sympathisieren.

Der erweiterte Bezirksvorstand der SP Donaustadt verurteilte Donnerstag die Hausdurchsuchung im SP-Zentralsekretariat. Er erwartet, daß alle gesetzlichen Möglichkeiten zur Unterbindung von Gefahren von rechts ausgeschöpft werden.

Das Folgende steht in der Broschüre „Gefahr von rechts“ über Pretterebner. Unsere Leser sollen an Hand der Zitate aus den „Politischen Briefen“, die wir am Donnerstag veröffentlichten, prüfen, ob die Durchsuchung des SP-Zentralsekretariats, übrigens ein Jahr nach dem Erscheinen der Broschüre, gerechtfertigt ist. Wie ist durch die Parlamentarische Anfrage, in die sie vollinhaltlich aufgenommen wurde, immunisiert. Über Pretterebner enthält sie die Passage:

„Ein anderer rechtsextramer Vorkämpfer im Dunstkreis der ÖVP ist Hans Pretterebner (ÖVP-

Mitgliedsnummer D 1314, Delegierter beim OAAÖ-Bundestag 1973), dessen »konservativ-liberales Monatsmagazin« »Politische Briefe« nahezu ausschließlich Hetzartikel gegen die SPÖ und die Regierung Kreisky enthält. Pretterebner greift dabei vornehmlich zum Mittel der persönlichen Diffamierung von SPÖ-Spitzenpolitikern. So ging die Kampagne gegen Vizekanzler Androsch von ihm aus und wurde dann von der ÖVP aufgegriffen, während Bürgermeister Gratz als Alkoholiker hingestellt wird. In einer typischen Pretterebner-Formulierung heißt es etwa: »Multimillionär Androsch hat sich als Kreisky-Nachfolger selbst disqualifiziert, aber auch Leopold Gratz, der nunmehrige Kronprinz, kommt in letzter Zeit immer mehr ins Gerede.«

Dem ÖGB wird die „Errichtung einer Betriebsrätediktatur“ unterstellt, der SPÖ — was sonst? — die Errichtung einer kommunistischen Volkdemokratie. Gefährlicher als diese Beschimpfungen sind jedoch die von Pretterebner propagierten Steuerwiderstandsparolen („Nur Steuertralek stoppt die linke Wählerarbeit“). Die Aktionsgemeinschaft für Steuergerechtigkeit, die unter anderen vom steirischen Landesrat und Wirtschaftsbundobmann Anton Peltzmann unterstützt wird, versucht, eine Steuerverweigerungsaktion auf quasi-legaler Grundlage einzuleiten. Dabei geht Pretterebner Hand in Hand mit Steinhauser, der ebenso wie der medizinisch-astrologische Anti-SPÖ-Kämpfer Doktor med. Heinz Hillmann (recte Fideleberger) und die seitdem bekannte Dr. Elisabeth Schmitz in den „Politischen Briefen“ schreibt. So wurde die Lkw-Streikparole „Kreisky und sein Team machen unsere Wirtschaft hin“ bereits einige Monate vorher in Pretterebners Schmutzblatt propagiert.

Es versteht sich von selbst, daß der neue Politstar Alexander Götz Pretterebners Bewunderung findet: „Zum erstenmal seit langem... ein Vertreter bürgerlicher Politik, der sein Geschäft versteht.“ Der ÖVP wird in diesem Zusammenhang der Rat gegeben, „den ohnehin schon längst notwendig gewordenen Rechtsruck“ zu vollziehen, um gemeinsam mit Götz „gegen die SPÖ ins Feld ziehen zu können“.

Bei den zweiten inkriminierten Textstellen handelt es sich, wie bereits erwähnt, um die bloße Wiedergabe eines Kommentars aus der "Wiener Zeitung" vom Vortag, der unbeanstandet geblieben war und folgenden Wortlaut hatte:

Meinung der anderen

„Wiener Zeitung“

Erinnern wir uns: Einst wurde dem Skandaljournalisten Bekessy von einer journalistischen Allianz, in der alle politischen Lager vertreten waren, mit dem Schlachtruf, den Karl Kraus geprägt hatte, „Hinaus mit dem Schuft aus Wien!“ das Handwerk gelegt. Müßte sich nicht jetzt ein überparteiliches Komitee all jener, die schreiben, zusammensinden, um eine deutliche Grenzlinie zwischen sich und einem Prettereßner zu ziehen?

Das Urteil eines Gerichtes, ein Gesetz, eine parlamentarische Stellungnahme oder Äußerungen von Politikern vermögen die Legitimation der journalistischen Arbeit für

die Öffentlichkeit nicht so nachdrücklich zu dokumentieren wie eine breite, demonstrative Ablehnung von Knebelungsversuchen an Zeitungen durch die Journalisten selbst. Belästigt man nämlich solchen Wildwuchs, so könnte mehr nachkeimen — auch in anderen Sektoren des gesellschaftlichen Spektrums.
Edoif Antoni

Auf Antrag eines Privatanklägers wurde die "Arbeiter Zeitung" beschlagnahmt, wobei nachstehende Passagen aus den vorstehend wiedergegebenen Artikeln inkriminiert wurden:

„daß es in der Causa Prettereßner darum geht, möglichen neuen rechtsradikalen Anfängen rechtzeitig entgegenzutreten, antwortete der Wiener SP-Partelssekretär Edlinger dem Wiener ÖVP-Sekretär.“

Das Folgende steht in der Bro-
schüre „Gefahr von rechts“ über
Prettereboer.

Die
ist durch die Parlamentarische
Anfrage, in die sie vollinhaltlich
aufgenommen wurde, immunisiert.
Über Prettereboer enthält sie die
Passage:

bereits
einige Monate vorher in Pretter-
ebners Schmutzblatt propagiert.

„Wiener Zeitung“

Erinnern wir uns: Einst wurde
dem Skandaljournalisten Bekessy
von einer journalistischen Allianz,
in der alle politischen Lager ver-
treten waren, mit dem Schlacht-
ruf, den Karl Kraus geprägt hatte,
„Hinaus mit dem Schuft aus Wien!“
das Handwerk gelegt. Müßte sich
nicht jetzt ein überparteiliches Ko-
mittee all jener, die schreiben, zu-
sammenfinden, um eine deutliche
Grenzlinie zwischen sich und einem
Prettereboer zu ziehen?

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem
Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Justiz
die nachstehende

A n f r a g e n :

- 1) Was waren die Gründe für die Inkriminierung der genannten Passagen und für die gerichtliche Beschlagnahme der "Arbeiter Zeitung" ?
- 2) Welchen Wortlaut hat der richterliche Beschluß, mit dem die Beschlagnahme verfügt wurde ?
- 3) Kann der Privatankläger, der die Beschlagnahmen beantragt hat, für finanzielle Schäden haftbar gemacht werden, falls den Beschwerden gegen die Beschlagnahme zur Gänze oder teilweise stattgegeben wird ?